

Soll der Staat bis zum 1. April fertiggestellt sein, so würde der Reichstag, von ersten Lehungen abgesehen, alle übrigen Vorlagen zurückstellen und sich fast ausschließlich mit der zweiten Beratung des Staats im Plenum, soweit er nicht an die Budgetkommission verwiesen oder in dieser erledigt ist, beschäftigen müssen, so dass die übrigen Arbeiten zurückgedrängt werden. Die Session wird verschleppt werden. Was aber erreicht die Regierung? Die Generaldebatte über die politische Lage knüpft an die „Umrütt“-Vorlage statt an den Staat an. Je rascher übrigens der Wortlaut der „Umrütt“-Vorlage bekannt wird, desto besser. Die Regierung aber bereilt sich damit nicht, da sie die öffentliche Meinung fürchtet, und es ist sehr zu bezweifeln, ob die offizielle Nachricht sich wirklich bestätigt, dass nämlich der Text werde veröffentlicht werden, sobald der Bundesrat dem Entwurf zugestimmt habe.

Vor der I. Strafsammer zu Liegnitz fand, wie wir bereits telegraphisch gemeldet, am 7. d. M. die Verhandlung gegen den Steinmeier Hohberg u. Gen. wegen Vergehen gegen § 131 Str.-G.-V. unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors von Herzfeld statt. Die Verleidigung führte Staatsanwalt Dr. Herzfeld aus Berlin. Die Angeklagten sollen durch Verteilung des Flugblattes: An die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land, das besonders mit dem Saar schlägt: „Nieder das elendste aller Wahlsysteme“, das Dreiklassenwahlsystem verächtlich gemacht haben. Die Beweisaufnahme ergab, dass die Angeklagten verschiedene Personen das Flugblatt gegeben und der Angeklagte Himmer am Pfingstmontag mit einem Paket Flugblätter von Hause fortgegangen und ohne es zurückgelassen war.

Der Staatsanwalt plädierte, dass es nicht darauf ankomme, ob die in dem Flugblatt enthaltenen Thatsachen mehr oder minder wahr seien. Der Ton des Flugblattes sei „frech und ungehörig“ und gehe darauf aus, den Eindruck zu erwecken, dass die Regierung das Dreiklassenwahlsystem zu dem Zwecke benutzt, um der bestehenden Klasse Vorteile zuzuwenden und die Arbeiter zu deren Gunsten auszubauen und zu unterdrücken. Das ergebe sich insbesondere aus den folgenden Sätzen des Flugblattes, die erdichtete Thatsachen enthielten: „Die erdichtende Mehrheit der preußischen Bevölkerung hat nichts zu sagen, wo es sich um ihr Wohl und Wehe, um ihre eigenen Angelegenheiten handelt. Sie ist nur gut dazu, Steuern zu zahlen und abseits zu stehen, zu dulden und zu schweigen. So kommt es, dass im Hause der Abgeordneten nicht Erwähnung des Volkes, sondern allein die Abgeordneten der bestehenden Klasse sind, die nicht für das Gemeinwohl eintreten, sondern nur das Interesse ihrer eigenen Klasse verfolgen.“ „Der Unterricht dient nicht dazu, die Massen aufzufüllen. Im Gegenteil, die wichtigsten und lehrreichsten Dinge, die die Geister erhellten, die die Bürger zur Führung der politischen Geschäfte geschäft machen, werden künftlich ferngehalten.“ „So werden die Bevorrechtlten, die mit goldenem Lößel im Munde geboren werden und in deren Windel ein Junkerwappen eingestickt ist, begünstigt und mit Spenden aus öffentlichen Mitteln überschüttet, während Ihr über den Lößel barbiert werdet von der Landtagsammer, während Ihr wieder leer ausgehetzt, dorbet und geschuhriegelt werdet von oben bis unten.“ Die Angeklagten seien daher aus § 131 Str.-G.-V. zu bestrafen. Er beantragte Strafen bis zu sechs Monaten Gefängnis.

Der Verleidiger, Staatsanwalt Herzfeld, führte dagegen aus, dass der Ton des Flugblattes keineswegs genüge, um die Angeklagten zu verurteilen, dass vielmehr eine Bestrafung nur dann stattfinden könne, wenn jedes einzelne Thatbestandsmerkmal des § 131 Str.-G.-V. vorliege. Er führte dann an der Hand der Entscheidungen des Reichsgerichts aus, dass die vom Staatsanwalt inkriminierten Sätze überhaupt keine Thatsachen enthielten, wie es der § 131 verlange, sondern nur Urteile, also diese Sätze für die Schuldfrage überhaupt nicht in Betracht kommen könnten. Freilich enthalte das Flugblatt Thatsachen über das Schulwesen, über die Millionen-Entschädigungen der Standesherrnen, über den Erlös der Grundsteuer, über den Erlös der Vergewissabgaben an die reichen Vergewissbesitzer, wo der Staat Regalherr ist, und die Erhaltung dieser Abgabe, wo Standesherrn die Regalherren sind. In diesen allen diese Thatsachen seien wahr und nicht erdichtet, und er sei bereit, den Beweis für dieselben anzutreten, falls das Gericht auf dem Standpunkte stehe, dass die Angeklagten den Beweis der Wahrheit und nicht vielmehr der Staatsanwalt den Beweis der Unwahrheit zu führen habe. Er führte weiterhin des näheren aus, dass seines der übrigen Thatbestandsmerkmale des § 131 vorliege und beantragte daher Freisprechung der Angeklagten. Nach einstündiger Beratung verständigte der

Gerichtshof, dass die von dem Staatsanwalt inkriminierten Sätze des Flugblattes, wie der Verleidiger ausgesetzt habe, nicht Thatsachen, sondern Urteile seien und die Angeklagten daher freizusprechen seien, wenn nicht der Staatsanwalt Beweis für die Unwahrheit der im Flugblatt enthaltenen Thatsachen antreten wolle. Der Staatsanwalt erklärte, er wolle diesen Beweis bezüglich der Behauptung des Flugblattes über die Grundsteuern antreten und bat um einen neuen Termin zur Herbeischaffung der Beweismittel. Das Gericht beschloss hierauf, dem Staatsanwalt die Akten zugestellt und demnächst neuen Termin zur nochmaligen Verhandlung der Sache anzubereuen. Die dreistündige Verhandlung fand gegen den Protest des Verleiders unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, mit der Begründung, dass sie eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung begegnen lasse.

Es sei darauf hingewiesen, dass wegen desselben Flugblattes mehrere Breslauer Genossen von Breslauer Richtern zu mehrmonatlichen Gefängnisstrafen verurteilt worden, obwohl es möglich bekannt ist, dass alle im Flugblatt enthaltenen Angaben die Wahrheit, die urkundlich zu erweisende Wahrheit enthalten. Wie der öffentliche Kläger den Beweis dafür anzutreten gedenkt, dass Weiss Schwarz sei, darüber zerbrechen wir uns noch nicht. In Liegnitz werden zu den zweiten Termine Professoren, Geheimräte, Parlamentarier auf den Zeugenstand treten. Die Thatsachen sprechen, und das elendste aller Wahlsysteme, wie Bismarck es genannt hat, gerichtet von der öffentlichen Meinung und doch vom ehrenbaren Rat der Stadt Leipzig adoptiert, wird in Liegnitz Speichen laufen mit seinen Spindeln, den Bevorrechten der Grundrente, des Unternehmertummes und des Kapitalsprofites.

Zur Erinnerung eines badischen Gesandten in München schreibt die amtliche Karlsruher Zeitung, gerade durch die Gründung des deutschen Reiches seien die Beziehungen zwischen den deutschen Bundesstaaten nur noch reicher und manigfältiger geworden, so dass das Bedürfnis des mündlichen Gedanken austausches und der Verständigung über die verschiedenen Angelegenheiten jetzt in noch höherem Maße hervortreten müsse, als in früheren Zeiten. Man habe deshalb schon längere Zeit den Gedanken erwogen, wenigstens bei den benachbarten süddeutschen Königreichen, mit welchen uns so viele gemeinsame Interessen verbinden, eine Gesandtschaft zu errichten. Gleichviel, was an dieser Begründung wahr ist. Warum kommt man erst nach mehr als 20 Jahren zu dieser Erkenntnis? Der Grund liegt wohl näher. Man hat die Unwesenheit des Großherzogs von Baden in Berlin wohl mit Recht mit dem Siege des Grafen Caprivi in der Umrüttfrage in Bindung gebracht, wie denn die süddeutschen Minister für Caprivi den Ausschlag gaben. Und dann der Umschwung. — Das mag die süddeutschen Staaten bestimmt haben, etwas mehr um ihren verfassungsmäßigen Einfluss auf die Reichspolitik besorgt zu sein, als dies die persönliche Zuspaltung der Reichspolitik sonst zuließ. Der nordische Wind mit seiner vielfach wechselnden Richtung aber immer gleichen Schärfe wird im Süden sehr unangenehm empfunden. Die Regierungen aber würden dadurch, dass sie dem Volke mehr Rechnung tragen, einen ganz anderen Rückhalt gegen persönliche Machterweiterungen erhalten, als durch die losspielige und unruhige Spielerie diplomatischer Vertretung. Dass er den „Parlularismus“, d. h. hier die bezeichnete Betonung der Eigenart in Süddeutschland ganz besonders begünstigt habe, ist auch eines der Verdienste des „neuen Kanzles“ wie er seit 1888 unter mancherlei Bezeichnungen besticht.

Deutsches Reich.

* Berlin, 9. November. Der Reichsanziger kommt aus der Dementierarbeit nicht heraus. In seiner letzten Ausgabe erklärt er die Zeitungsnachricht, wonach ein neues Exzerzier-Reglement nächstens bei der Infanterie eingeführt werden sollte, für erfunden. Er teilt ferner mit, dass von uns schon gemeldeten zahlreichen Extraktions im zweiten Bataillon des dritten posenschen Infanterieregiments Nr. 58 in Glogau den Verdacht auf Cholera“, die kurz vorher in einem Dorfe nahe bei Glogau festgestellt wurde, ausschlösse. Es hande sich um eine größere Zahl von Magen- und Darmkrankungen. Bereits am 7. d. M. waren fast sämtliche Erkrankten genesen und auch bei den wenigen, noch in Behandlung befindlichen Lagen bedrohliche oder auch nur schwere Krankheitsscheinungen nicht vor.“ Hängen diese bald hier, bald dort aufstrebenden Kaiser-Epidemien aber mit der Verpflegung (Wasser, Konserve, Dämmung?) zusammen? — Auf den deutschen Bahnen (ausschließlich den bayerischen) — es sind das 34

größere Bahnen und Bahnhöfe mit einer Gesamtbetrieblänge von 37894,96 Kilometern — haben sich von den fahrlässigen Bügen im September d. J. verspätet: 1211 Schnellzüge, 1430 Personenzüge und 214 zur Personen- sowie zur Güterbeförderung gleichzeitig dienende Züge, zusammen 2855. — Herr Koch, der Reichsbankpräsident, wird also nicht Justizminister. Die Verhandlungen verzögern sich. Die Börs. Börs. lässt sich berichten, dass Herr v. Schelling nicht freiwillig aus dem Amt scheide. Der Chef des Civilstabes, v. Lucanus, habe sich zu ihm begeben und ihn gefragt, da er doch im nächsten Monat nach seinem 50jährigen Dienstjubiläum seinen Abschied nehmen wolle, ob er nicht schon jetzt um seine Entlassung einkommen wolle. Herr v. Schelling hätte jedoch bisher einen Entschluss, nach seinem Jubiläum in den Ruhestand zu treten, weder gesetzt noch kundgegeben. Nach dieser Anregung habe er aber natürlich sein Entlassungsgesuch eingereicht. — Die Übernahme des Justizministeriums war nach der Frankfurter Zeitung dem Oberrechtsanwalt Tiefendorf durch direktes Telegramm des Kaisers vor dem Vizepräsidenten Koch angeboten worden. Tiefendorf aber habe abgeschaut. — Als Landwirtschaftsminister ist auch der Landesdirektor von Hannover, Freiherr von Hammerstein-Lingen, ein schroffer Gegner der Capriven Handelsvertragspolitik, vorgeschlagen worden. — Ein nicht uninteressanter Kampf scheint sich um die Chefstelle in der Reichskanzlei entspannen zu haben. Zum Nachfolger Görings ist der Geheime Oberregierungsrat von Wilhelmsburg ausgerufen. Nach der Börs. Börs. soll sich nun der jetzige Chef der Reichskanzlei, Göring, weigern, sein Entlassungsgesuch einzureichen oder eine andere Stelle, z. B. an der Spitze des Reichspatentamtes, anzunehmen, und sich darauf stützen, dass der Chef der Reichskanzlei nicht zu den im Reichsgesetz vom 31. März 1873 aufgeführten Beamten gehöre, die jederzeit auch ohne eine getreuliche Dienstfähigkeit ihre Entlassung erhalten oder einzulegen in den Ruhestand versetzt werden können. Die Börsische Zeitung behauptet sogar, dass Herr Göring geneigt zu sein scheine, falls er zwangsweise in den Ruhestand versetzt werden sollte, die Hilfe der Gerichte anzufragen, da er sich nicht für unfähig halte, seine Amtspflicht ferner zu erfüllen. Eine solche Unfähigkeit muss nämlich nach dem Reichsbeamtengebot von der vorgesetzten Dienstbehörde für den Fall der zwangsweisen Pensionierung eines Beamten ausgesprochen werden. — Dem Bundesrate gehören jetzt sämtliche preußischen Staatsminister an. — Der Polizeiminister von Möller soll im Reichstage die „Umrütt“-Vorlage vertreten. Das kann schön werden. Wozu aber ist Herr Nieberding da, der Staatssekretär des Reichsjustizamtes? Allerdings das Polizeigesetz verfügt am besten der Polizeichef. — Die Disciplinaruntersuchung gegen den Wehran soll sich nur auf die Anklage wegen Übertretung der Amtsgewalt beschränken. Wehran soll zur Erzwingung von Schuldgeständnissen von den Regern die Flussverbotspeitsche angewandt haben. — Die Wahrscheins-Expedition des Gouverneurs von Deutsch-Ost-Afrika ist gescheitert, und drei Hunderttausend Mark sind dafür umsonst ausgegeben worden. Eine Heuschreckenplage, die das Hinterland von Kilwa verheerte, soll die Ursache dieses Misserfolges sein. Während die Expedition schon unterwegs war, ging ein mit der Verproviantierung der einzelnen Stationen betrauter kleiner Dampfer und ein Leichter verloren, wodurch die ganze Verproviantierung stieß. — Zum erstenmal fanden gestern in den bayerischen Garnisonsstädten Ansprachen an die Rekruten über die Bedeutung des Fahneneids im Beisein der Generalität und der Offiziere statt. Heute geschieht ein gleiches für die Kavallerie und für die Artillerie. Der Tag der Vereidigung ist noch nicht bestimmt. Schüren die Predigten und Ansprachen etwa vor den furchtbaren Wirkungen des Militarismus, der Gut und Blut der Masse immer mehr beansprucht, verhüten sie die Soldatenelbstmorde und Soldatenmordhandlungen? Erst reformiere man! Die Besorgnis der Herrschenden um ihr siehendes Heer spricht ganze Bände. — Die Regierung zürnt durch die Trompete der Norddeutschen Allgemeinen gegen die Presse, die durch ihre Kritik der Ministerkandidaten „Einschlüsse“ auf die Besetzung der Ämter zu gewinnen sucht; diese aber sei verfassungsmäßig dem Herrscher übertragen. Die Zahl der unter ihnen durch verbrannten Minister ist nicht gering: Herrfurth, Scholz, Kaltenborn-Stachau, Bödlich, Gohler, Caprivi, Eiselenburg, von Heyden, von Schelling, eine ganze Leporellosuite.

Die Spirituschwänze soll doch wieder aufgenommen werden. Der Verein der Spiritusfabrikanten macht dafür Stimmung, Deutschlands Spiritusverschiffisse durch eine aus-

„Wohl,“ sprach der Doktor, „das darf ich auch.“ Seine Stimme ward sicherer. „Drum mach' ich keine Umschweife. So viel hab' ich gehört von Euerer Jugend, von Eurem Geist und Mut, dass Euer Bildnis längst mein Herz erfüllt. So vernehmet denn: Doktor Eucharius Steinmeier will Euch als sein ehelich Gemahl in sein Haus führen.“

Agnes fuhr zurück. „Ihr seid ein seltsamer Freiwerber,“ sagte sie.

„Ihr seid nicht wie andere und ich bin es auch nicht,“ bemerkte der Doktor mit einem funkelnden Blick.

„Die Zeitalters sind nicht nach einer Heirat angehängt,“ witz Agnes aus.

„Und warum nicht?“ rief er. „Ich habe meinen Frieden mit den Herren gemacht, heimlich und verschwiegen. In meinem Hause seid Ihr geborgen; ich stehe in des schwäbischen Bundes Schutz. Agnes, seid vernünftig und gut, werdet die Meine!“

Er wollte sie an sich ziehen, aber sie entwand sich ihm.

„Ich liebe Euch nicht!“ sagte sie.

In des Doktors Augen flammte unzählig eine so wilde Leidenschaft auf, dass Agnes erschrocken.

„Ah,“ sprach er mit vibrierender Stimme, „Ihr liebt einen anderen. Ich weiß, man hat mir berichtet, Ihr trüget eine heimliche Liebe zu diesem Florian Geper in Euch und seit darum nach Würzburg gekommen. Aber er ist wohl groß gegen Euch gewesen, dieser ungehobelte Herr Florian; ich weiß, er mag die Weiber nicht im Krieg.“

„Schweigt!“ rief er.

(Fortsetzung folgt.)